

28.10.2014

Antrag

der Fraktion der CDU

Nordrhein-Westfalen dankt den Kirchen, Religionsgemeinschaften, Hilfsorganisationen und privaten Initiativen in der Flüchtlingsarbeit – Muslimische Organisationen stärker für die Bewältigung der Herausforderungen bei der Flüchtlingsbetreuung einbeziehen

I. Sachverhalt

Nordrhein-Westfalen erlebt einen Zuzug von Flüchtlingen und Asylbewerbern wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Kommunen, christliche Kirchen, jüdische und andere Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen und private Initiativen leisten an vielen Orten des Landes enorme Anstrengungen, um den Menschen, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen, Unterkunft, Bekleidung, Verpflegung, gesundheitliche Versorgung, Bildungsangebote, Beratung und andere Hilfeleistung zukommen zu lassen.

Überall im Land engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, um der Verantwortung unseres Gemeinwesens für die Schutzsuchenden aus den Krisenregionen der Welt gerecht zu werden. Sie tun dies ungeachtet unterschiedlicher Staatsangehörigkeit, Herkunft oder Religion. Ohne das bürgerschaftliche Engagement der vielen Freiwilligen wäre die Not der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen noch größer, als sie aufgrund des Mangels an Plätzen und finanziellen Ressourcen sowie angesichts der Misshandlungsfälle und des Organisationsversagens der Landesregierung heute bereits ist.

Besonders hervorzuheben sind all jene, die persönlich – durch Garantien für die Sicherstellung des Bedarfs des persönlichen Lebens, die Bereitstellung von Wohnraum und viele andere Maßnahmen – dabei helfen, Flüchtlinge aus Krisengebieten in Nordrhein-Westfalen aufnehmen zu können.

Den Mitbürgern muslimischen Glaubens und ihren Organisationen kommt in dieser Situation auch Verantwortung zu. Denn viele Flüchtlinge in Deutschland sind Muslime. Unter den zehn zugangsstärksten Herkunftsländern des Jahres 2013 sind sieben, bei denen muslimische Flüchtlinge die größte Gruppe bilden (Erstanträge).

Datum des Originals: 28.10.2014/Ausgegeben: 28.10.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Viele dieser muslimischen Flüchtlinge suchen Anschluss an muslimische Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Die Gemeinden sind erste Ansprechpartnern für ihre religiösen Bedürfnisse. Ihre Mitglieder können den Flüchtlingen auch in vielen sozialen Belangen helfen, bei Behördengängen etwa oder bei der Versorgung mit Bekleidung und den Reinheitsvorschriften entsprechenden Speisen. Vertreter muslimischer Organisationen haben ihre Bereitschaft erklärt, auch als gemeindeübergreifende Dachverbände in der Betreuung der Flüchtlinge tätig zu werden. Dieses Angebot muss die Landesregierung aufgreifen.

Nicht übersehen werden darf, dass unter den Organisationen und Initiativen, die sich vorgeblich der Flüchtlingshilfe verschreiben, in Einzelfällen auch solche aufgefallen sind, die das friedliche Zusammenleben der Religionen gefährdende, islamistische, verfassungsfeindliche oder terroristische Aktivitäten unterstützen. Beispiele hierfür sind Medienberichten zufolge die Organisationen „Helfer in Not e.V.“ und „Ansaar International e.V.“. Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist es, derartige Umtriebe zu unterbinden und derartige Organisationen zu verbieten.

Mit dem „dialog forum islam“ unterhält die Landesregierung einen eigenen Ort für den strukturierten Dialog mit den islamischen Organisationen. Unverständlicherweise hat das Thema Flüchtlingsbetreuung dort bislang nicht auf der Agenda gestanden. Das muss sich ändern.

Die Entstehung des „dialog forum islam“ in Nordrhein-Westfalen verlief zäh und zögerlich. Mehr als zwei Jahren vergingen, bis die Landesregierung einen Beschluss des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Verbesserung des Dialogs mit den Muslimen und ihren Organisationen in Nordrhein-Westfalen umsetzte. Erst am 12.09.2013 erfolgte die Konstituierung des „dialog forum islam“. Auch in den zwölf Monaten danach sind die von Minister Schneider angekündigten "konkreten Ergebnisse" nicht zu erkennen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderung bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen bietet sich eine Gelegenheit für das „dialog forum islam“, einen Beitrag zum Allgemeinwohl in unserem Land zu leisten. Alle Organisationen und Verbände in unserem Land haben ihren Beitrag zu leisten für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Dieser Maxime sollte die Politik der Landesregierung gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppierungen folgen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in Einzelinitiative oder unter dem Dach von Kirchen und Religionsgemeinschaften, Hilfsorganisationen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Belange der Flüchtlinge einsetzen, gilt unser besonderer Dank.
- Muslime in Nordrhein-Westfalen und ihre Organisationen können wichtige Beiträge für die Aufnahme und Versorgung insbesondere muslimischer Flüchtlinge und Asylsuchender in Nordrhein-Westfalen leisten. Diese Beiträge einzufordern, ist eine wichtige landespolitische Aufgabe.
- Unter dem Deckmantel der Flüchtlingshilfe sind wiederholt Aktivitäten zur Unterstützung von Islamismus, Terror und Gewalt erfolgt. Derartigen Aktivitäten muss die Landesregierung energisch entgegenreten.
- Der Dialog mit den Muslimen und ihren Organisationen in Nordrhein-Westfalen muss stärker ergebnisorientiert geführt werden. Andernfalls vergibt die Landesregierung im „dialog forum islam“ wichtige Integrationschancen.

III. Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt:

- Der Landtag würdigt das ehrenamtliche und soziale Engagement aller, die sich in Nordrhein-Westfalen für die Betreuung von Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen einsetzen: Die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Hilfsorganisationen und Verbände, die öffentliche Hand und private Initiativen.
- Die Landesregierung wird beauftragt, die Gesprächskontakte des „dialog forum islam“ zu nutzen, um das drängende Problem der Flüchtlingsunterbringung und -betreuung mit den dort vertretenen islamischen Organisationen zu erörtern, wie diese Organisationen stärker als bisher zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben beitragen können.
- Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um jenen Organisationen entgegenzuwirken, die unter dem Deckmantel vermeintlicher religiös motivierter Wohltätigkeit kriminelle und terroristische Organisationen, Akteure und Aktivitäten unterstützen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
André Kuper
Serap Güler

und Fraktion